

fen wollen. Drittens haben sich auch die taktischen Begleitumstände so verschlechtert, daß an eine simple Rückkehr zur Situation vom Herbst 1972 kaum mehr zu denken ist.

Obwohl die Pariser Abkommen auf dem Papier Saigon in einer relativ starken Position belassen, gibt es wenig Zweifel darüber, daß sich Thieu und die Saigoner Republik in einer prekäreren Situation befinden als je seit dem Sturz der Diktatur Diem 1963. Militärisch haben sie die bis zum Schluß sehr substantielle amerikanische Rückendeckung, besonders aus der Luft, eingebüßt. Die USA haben diese Einbuße teilweise wettzumachen versucht durch die forcierte Lieferung großer Mengen von Kriegsmaterial, besonders von Flugzeugen, vor dem Eintritt der Waffenruhe. Aber das beste Material ist nur so viel wert wie die Männer, die es bedienen. Die Saigon-Armee ist dezimiert; von den 1,1 Millionen Soldaten der Stammrollen waren im November nur mehr 450—470 000 übrig, deren Loyalität zudem oft fraglich ist¹. Sie sind weiter in das Weichbild der Garnisonsstädte zusammengedrängt und an die Verkehrsarterien gebunden, ganz wie Chiang Kaischeks Kuomintang-Armee in Nordchina 1947 vor dem Beginn ihres Zusammenbruchs. Diese (und andere) Parallelen sind unübersehbar. Es war daher nur sinnvoll, daß Thieu im Dezember einen amerikanischen Vorschlag zurückwies, eine Entlastungsoffensive im Hochland mit Ziel Südlao auszulösen. Seine schwer getroffene Armee hätte eine solche Belastung nicht aushalten können.

Politisch ist Thiens Basis schmal. Er stützt sich im wesentlichen auf drei Elemente: die katholische Minderheit, die reguläre Armee und die kleine wirtschaftliche Oberschicht der Unternehmer, Kriegslieferanten und anderen Nutznießer am Kriege und an der amerikanischen Präsenz. Auch diese Gruppen sind heute nicht mehr in sich geschlossen. Thieu appelliert im wesentlichen an die Religion und an den Hang der Oberschichten zu möglichst ungehemmtem Konsum. Thieu ist sich dieser Schwäche bewußt. Er hat deshalb mehrfach ausgedrückt, daß er die Pariser Abkommen weder verwirklichen kann noch will. Die Klauseln über Rede- und politische Versammlungsfreiheit, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Freizügigkeit der Bevölkerung usw. müssen sich, wenn sie wirklich zur Anwendung kommen, gegen ihn und seine Herrschaftsmethoden kehren. Daher begann Thieu vom ersten Moment an, die Abkommen zu unterwühlen: Die Verhaftungen der politischen Opponenten, nicht etwa der Kommunisten, die bei den VC in Sicherheit sind, sondern der Buddhisten, Pazifisten und Liberalen, gehen weiter. Doch wie auch immer — Thiens entscheidender Stützpfeiler ist weggefallen: Die Amerikaner ziehen ab, und was auch je ihre Vorkehrungen zu seiner Sicherung aus der Ferne sein mögen, die Bevölkerung sieht das Verschwinden der Okkupanten. Das allein könnte entscheidende Bedeutung für die weiteren Geschehnisse erlangen.

II

Für Thiens Gegner brachten die Pariser Abkommen die Legitimierung auf gleichem Niveau mit der Saigoner Regierung. Thieu und die Provisorische Revolutionsregierung (GPR) werden gleichberechtigt koexistieren müssen, bis freie, vom Drei-Parteien-Rat organisierte Wahlen die politische Zukunft entschieden haben. Die FNL macht sich keine Illusionen über Thiens Bereitschaft, solche Wahlen zuzulassen. Aber die Position der FNL ist so gefestigt, daß sie der Entwicklung zuversichtlich entgegensehen kann. Sie kontrolliert heute etwa die Hälfte des südvietnamesischen Territoriums und ein Drittel seiner Bevölkerung, darüber hinaus unterhält sie eine starke Präsenz in einem weiteren Viertel des Territoriums im Süden. Ihre Streitkräfte fühlen sich getragen vom Gefühl entscheidender Siege über die Amerikaner und die Saigon-Armee. Militärisch ist ihre Position stärker als vorher: Die sogenannten Regulären Divisionen der FNL — die Einheiten, die von den Amerikanern als »nordvietnamesisch« bezeichnet

Moskitostiche in Panama

Die Reise des Sicherheitsrates mitzumachen, diesmal an den Stillen Ozean, kann für die Vereinigten Staaten nur eine lästige Pflicht gewesen sein. In der tropischen Atmosphäre des istsmischen Panama wurden sie durch eine Vielzahl kleiner, aber zielbewußter Quälgeister deutlich gezeichnet, und sehr wahrscheinlich wird es sie kommenden Herbst während der Generalversammlung an diesen Stellen wieder empfindlich jucken.

Was ist geschehen? Das kleine Land am Kanal, staatliche Kreatur von Gnaden und zu Nutzen der mächtigen nordamerikanischen Union, erstrebt den »peaceful change«, den friedlichen Wandel, der protektoratsähnlichen Verhältnisse in seiner mittleren Tranche. Die Anfänge dieser Bestrebungen gehen bis in die dreißiger Jahre zurück, jedoch fehlte es bis jetzt an dem geeigneten Mittel, den Verhandlungspartner in seiner übermächtigen Position einigen Gegendruck spüren zu lassen. Da brachte der Kleine die Frage, obwohl schon Gegenstand zweiseitiger Verhandlungen, vor das Entscheidungsgremium der Weltorganisation.

Die Inszenierung hatte die Dramatik eines Lokaltermins, und auch die diplomatische Begleitmusik war geschickt arrangiert: eine Solidaritätsadresse Chinas, das mit der kommunistischen Supermacht zu tun hat, um ebenfalls »ungleiche Grenzverträge« aus der Zeit eines robusten Imperialismus zu revidieren; ein gleicher Schritt der afrikanischen Staatengruppe, welche den »wind of change« auch auf die andere, westliche Seite des Atlantik hinüberwehen lassen möchte; und die Unterstützung der arabischen Länder, die ihrerseits unter dem Trauma imperialistischer Brückenköpfe leiden. Zudem waren die übrigen Staaten Lateinamerikas nur zu bereit, auf die Linie von antiimperialistischen Reklamationen einzuschwenken, auch wenn ihre Lage nicht so kraß ist wie die der Tankerrepublik.

Das amerikanische Veto, unwirsche Abwehrbewegung, war einkalkuliert, wenn nicht provoziert. Ist es doch immer auch ein gewisses Eingeständnis von Schwäche, wenn man sich zu solcher Demonstration der Stärke nötigen lassen muß. Es war das zweite Veto der Vereinigten Staaten in Halbjahresfrist, und sehr wahrscheinlich sind für die Zukunft solche amerikanischen Interventionen häufiger in Rechnung zu stellen. Das ergibt sich aus der seit langem sichtbaren Divergenz zwischen den politischen Zielen der Vereinigten Staaten und der Weltmeinung, wie sie sich in den Vereinten Nationen manifestiert. Man wird womöglich eine schlagende Parallele erleben zu der Flut sowjetischer Vetos in den Anfangsjahren, als die Lage umgekehrt war.

Jedoch werden die Auseinandersetzungen zwischen dem Norden Amerikas und den lateinamerikanischen Ländern über ein gewisses Maß nicht hinausgehen, da die letzteren zu deutlich auf weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit — und damit politisch erträgliche Verhältnisse — mit den USA angewiesen bleiben. Die Forderung nach souveräner, nationaler Verfügung über die natürlichen Reichtümer hat sogar nur unter dieser Prämisse einen konkreten Sinn, ganz besonders im Falle Panamas. Die Lateinamerikaner werden die Demütigung dieser Macht also nicht zu weit treiben. Immerhin mußten die Vereinigten Staaten eine Resolution passieren lassen, in der mit der Aufforderung an die Staaten, Firmen daran zu hindern, auf die Regierungen anderer Staaten Druck zur Erlangung von Monopolen auszuüben, eindeutig Bezug genommen war auf den ITT-Skandal mit Chile...

Man wird mit einiger Spannung erwarten dürfen, welches Reiseziel der Sicherheitsrat sich das nächste Mal wählt. Von den Gruppierungen, in denen sich Staaten der Dritten Welt zusammengefunden haben, sind die arabischen Länder noch nicht aufgesucht worden. Warum sollte nicht ein arabischer Staat dem Vorbild Panamas folgen und bei erster sich bietender Gelegenheit den Rat zu sich einladen? Über das mögliche Tagungsthema brauchte man nicht lange nachzudenken. Auch dieses dürfte den Amerikanern nicht sehr angenehm sein: statt auf Moskitostiche müßten sie sich in der hoffnungslosen Bitternis des Nahen Ostens auf das Gift von Sandvipern und Wüstenskorpionen einstellen.

Manfred Riedmair